



Resolution der Versammlung des VdG in Polen zur Lage der deutschen Sprache in der deutschen Minderheit in Polen

Vor der Tatsache, dass uns 30. Bestehungsjubiläen vieler Organisationen der deutschen Minderheit bevorstehen, die im Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen vereint sind, möchten wir ein besonderes Augenmerk auf die Lage der deutschen Sprache in unserer Gemeinschaft richten. Nach der Zeit der offiziellen Sprach- und Unterrichtsverbote in vielen Regionen, die nach dem Krieg durch Deutsche bewohnt waren und nach der Aberkennung in vielen Regionen, insbesondere in Oberschlesien, der Rechte für deutsche Volksgruppe, kam es mit der demokratischen Wende 1989 in Polen zu einem Prozess, der die Situation dieser Gemeinschaft diametral veränderte. Das Umbruchjahr 1989, die Demokratisierung der Gesellschaft, hatten zur Folge auch die Anerkennung und Registrierung vieler Organisationen der Deutschen in Polen. Dem folgten in erster Linie die Bemühungen um die Gewährleistung des Deutschunterrichts. Die Generation der Mitglieder der deutschen Minderheit, die noch den Vorteil genossen, Deutsch zu Hause gesprochen zu haben, unternahm entsprechende Anstrengungen, oft selbst alle Mühe hatte, Deutsch in Schulen sowie auch auf den Deutschkursen zu unterrichten. Aus der damaligen Perspektive wurde der in der Form betriebene Deutschunterricht durch den Begriff Deutsch als Muttersprache und mit der Zeit als Minderheitensprache bezeichnet, was einen großen Erfolg bedeutete.

Dem Lehrermangel, der Lehrer mit dem Hochschulabschluss im Studiengang Deutsch für das Lehramt wurde allmählich durch Fortbildungen, durch neue Studiengänge, aber auch durch die Lehrkräfte aus Deutschland begegnet. Drei Stunden Deutschunterricht als Minderheitensprache war zu der damaligen Lage durch die organisatorische Kapazitäten, durch den erschwerten Zugang zu den Lehrwerken und Lehrmitteln, aber auch durch die Lehrkräfte bedingt, die an ihre Grenzen stießen und schien unter den Umständen Erfolg zu sein. Die sprachliche Entwicklung 1945-1989/1990 zeigte jedoch, dass ein Unterrichtssystem, das nur auf einen zusätzlichen Deutschunterricht baut, nicht zufriedenstellen kann, wenn die Folgen der sprachlichen Diskriminierung zur Zeit der Volksrepublik Polen zum riesigen Rückgang in der Vermittlung der Sprache in den Familien führte. Im Zusammenhang damit ist die deutsche Minderheit schon seit Jahren bemüht, sich mit dem bisherigen Bildungssystem kritisch auseinanderzusetzen und die Unterrichtsmodelle zu differenzieren. Das gegenwärtige System basiert in erster Linie auf der notwendigen Erklärung der Eltern, die ihren Willen bekunden, dass die Kinder den minderheitlichen Sprachunterricht genießen, steht im Widerspruch zu der durch Polen 2009 ratifizierten Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, wo man sich bereit erklärte, Schulen mit Minderheitensprachen auf den Gebieten zu errichten, wo diese Minderheiten leben und die Aufnahme sollte an keine Voraussetzungen gebunden werden. Nur das Modell gewährleistet langfristig effiziente Verwendung der Mittel für Bildungszwecke der nationalen Minderheiten und stellt die Garantie dar, die sprachlichen Missstände der deutschen Minderheit in Polen zu beseitigen. Die letzten Jahre und die Gründung einiger Schulen in freier Trägerschaft durch Menschen

aus den Kreisen der Minderheit, die den zweisprachigen Deutschunterricht umsetzen, zeigen nicht nur den qualitativen Unterschied im Unterricht, aber vor allem den Bedarf in der Gesellschaft, der durch das Interesse der Elternteile an dem Besuch ihrer Kinder der zweisprachigen Kindergärten und Schulen bekundet wird.

Im Hinblick darauf wollen wir unser Bedauern und Enttäuschung über die Tatsache zum Ausdruck bringen, dass sowohl die Arbeiten an der Bildungsstrategie der deutschen Minderheit in Polen als auch die Arbeiten an der Vertiefung und Aktualisierung der Strategie erfolglos verlaufen sind und die gewünschten Entwicklungen und der den Fortschritt ausgeblieben sind. Es wurde auch kein Versuch unternommen, das polnische Bildungssystem für nationale Minderheiten an das erklärte Niveau anzupassen, obwohl die Umsetzung der Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen negativ beurteilt wurde. In den letzten Jahren spitzte sich das Problem noch zu, weil neue Interpretationen des Ministeriums für Nationale Bildung hinsichtlich des gleichzeitigen Unterrichtens der deutschen Sprache als Minderheitensprache und als Fremdsprache, den Zugang zu der Sprache noch weiter einschränken. Damit werden die schon von uns seit Jahren bemängelten Probleme der Bildung der Minderheit nicht gelöst, viel mehr, der in den letzten Jahren errungene Fortschritt in der Bildung wird verloren gehen.

Vor dem Hintergrund rufen wir die Regierungen von Polen und Deutschland auf, die Förderung der sprachlichen Bildung der Deutschen in Polen zu intensivieren. Historische Fehlentwicklungen haben zur Folge, dass mit jedem Tag die Wichtigkeit und die Bedeutung der schulischen und außerschulischen Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen größer wird. Diese Maßnahmen brauchen eine breite Unterstützung und positive Einstellung, um neue Lösungen zu finden und die bisherigen Erfahrungen nicht in Abrede stellen.

St. Annaberg, den 11. Mai 2019